

Der „Wettbewerb“ war und ist das Mantra der FDP, Deregulierung fordern die Liberalen in ihrem Wahlprogramm und natürlich sollen Rechte abgebaut werden, für Arbeitnehmer versteht sich; z.B. der Kündigungsschutz. Doch kaum sind Liberale im Landtag, zeigen sie, was ihre eigentliche Interessenslage ist: sie machen knallharte Klientelpolitik!

Reservate für Ärzte und Apotheker

So wird eine Münchner Apothekerin für die FDP ins Parlament gewählt und schon steht im Koalitionsvertrag, dass „inhabergeführte Apotheken“ ein zentraler Bestandteil des Gesundheitswesens bleiben müssen. Und selbstverständlich ist auch vereinbart, eine Bundesratsinitiative gegen den Versandhandel von Medikamenten außerhalb von Apotheken einzubringen. Gleiches gilt für die Freien Berufe. Kaum ist deren bayerischer Chef für die FDP im Landtag, schon wird für Marktanteile der Ärzte gesorgt: Im Koalitionsvertrag wird der „Betrieb von medizinischen Versorgungszentren, die nicht von Ärzten getragen werden“ abgelehnt. Kommunale Krankenhäuser beispielsweise sind damit außen vor. Geht es um die eigene Klientel, ist von Wettbewerb nichts mehr zu sehen, dann werden Schutzzäune errichtet, die deren wirtschaftliche Interessen sichern nach dem Motto: Oh heiliger St. Florian, beschütz mein Haus, zünd andere an.

Aufbruch wagen?

Die neue Staatsregierung ist im Amt, die erste Kabinettsitzung hat stattgefunden. Ist nun in Bayern alles neu oder „bleibt alles anders“, wie Herbert Grönemeyer singt? Die Grundlage der Regierungskoalition zwischen CSU und FDP ist ein über 70-seitiger Koalitionsvertrag. Dort steht das Motto der Staatsregierung: „Gemeinsam wollen wir einen neuen Aufbruch wagen.“ Stimmt das?

Drastische Leerstelle

Während sich die Koalitionspartner im Vertrag öfter auf die „Freien Berufe“ oder auch die „inhabergeführten Apotheken“ beziehen, kommen die Arbeitnehmer und die Arbeitsmarktpolitik überhaupt nicht vor. Kein Wort zu zunehmend unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, Niedriglöhnen, Leiharbeit oder Befristungen. Hier ist die Koalition schlicht blind oder im alten CSU-Motto verhaftet „Sozial ist was Arbeit schafft“. Na gut, so ließe sich sagen, die Freien Berufe und Apotheker haben über die neuen Landtagsabgeordneten der FDP (Apothekerin, Präsident der Freien Berufe) eben reine Klientelpolitik betrieben. Aber wo bleibt die Mehrheit in Bayern, nämlich Arbeitnehmer und deren Familien?

Kein Konjunkturprogramm

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zeigt die Defizite der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre: alles auf Export, die Binnennachfrage war und ist das Stiefkind. Die Binnenkonjunktur gezielt zu stärken, und zwar über öffentliche Nachfrage und mehr Kaufkraft für die Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen etc., wären richtige Schritte. Doch auch ein solches bayerisches Investitions-

programm kommt in der Vereinbarung zwischen CSU und FDP nicht vor.

Stattdessen werden die alten, längst gescheiterten Ladenhüter hervorgekramt wie „Senkung der Steuer- und Abgabenlast“. Dass erst diese Politik, die Reiche immer reicher gemacht und damit den Finanzmarkt aufgebläht hat, zu der jetzigen ersten Krise führte, scheint kein Thema zu sein. Dabei wäre es dringend nötig, anstatt einige weiter zu entlasten, Kommunen finanzielle Spielräume für ihre notwendigen Investitionen in Schulen, Bildung, Verkehr oder Gebäudesanierung zu geben.

Bildung

Umfangreich ist das Kapitel zur Bildungspolitik ausgefallen; dies ist sicherlich auch Ausdruck dessen, dass die Wähler die CSU auch für ihre konfuse Bildungspolitik abgestraft haben. Allerdings ist eine grundlegende Richtungsänderung nicht im Entferntesten zu sehen; die dreigliedrige Schule mit all ihren Übergangs- und Selektionsproblemen bleibt. Daran ändern auch noch die

neuen „Gelenkklassen“ zwischen Grund- und weiterführenden Schulen im Grundsatz nichts. Kostenlose Vorschulbildung ist nur als ein Teilziel (letztes Kindergartenjahr) vorgesehen und dazu noch ohne konkrete Umsetzungsschritte. Auch der Ausbau der Ganztageschulen wird nach wie vor eher zögerlich und nur für Ganztagesklassen angegangen. Aber dafür werden ausdrücklich die Privatschulen erwähnt und zukünftig finanziell besser gefördert. Die FDP lässt grüßen.

Fazit

Ein Aufbruch ist im Koalitionsvertrag nicht zu erkennen, schon gar nicht für die Mehrheit der Menschen in Bayern, für Arbeitnehmer und deren Familien. Sie sind bestenfalls Objekt der Politik, aber nicht Subjekt! Bleibt die Aufgabe für Gewerkschaften, die Interessen der Beschäftigten und Arbeitslosen in den nächsten fünf Jahren deutlich in die bayerische Politik einzubringen.

Der DGB-Bayern hat eine ausführliche Bewertung des Koalitionsvertrages veröffentlicht; sie ist zu finden unter: www.dgb-bayern.de

